



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

44. Sitzung (öffentlich)

16. Oktober 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE) (Vorsitzender)
Dr. Stefan Berger (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gespräch mit Vertreter/-innen der Landesrektoren- und -kanzlerkonferenzen der Universitäten und Fachhochschulen und der Landespersonalrätekonferenzen der Hochschulen und der wissenschaftlich Beschäftigten der Hochschulen und Universitätsklinika NRW**

5

In Verbindung mit:

**Mitbestimmung ist mehr als ein Wort. –
Landespersonalrätekonferenzen im Hochschulbereich erhalten –**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6863

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Gerhard Möller (Kanzlerkonferenz der Universitäten NRW), Heinz-Joachim Henkemeier (Arbeitsgemeinschaft der Kanzler der Fachhochschulen NRW), Prof. Dr. Joachim Metzner

(Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen NRW), Frank-Peter Kaup (Landespersonalrätekonferenz der Hochschulen NRW), Karl-Ludwig Hesse (Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinika in NRW) und Prof. Dr. Axel Freimuth (Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW).

Die Abstimmung über den SPD-Antrag ist für die Sitzung am 6. November 2008 vorgesehen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

In Verbindung mit:

Haushaltsentwurf 2009 – Erläuterungsband zum Einzelplan 06

Vorlagen 14/2017, 14/2031 und 14/2151

– Aussprache

3 Freiheit und Verantwortung sind keine Gegensätze – Landesregierung muss Landtag über Personalentwicklung und Wahrnehmung der Lehrverpflichtungen an unseren Hochschulen informieren -

24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6948

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen, den Antrag abzulehnen.

**4 Mehr Studierende brauchen mehr studentischen Wohnraum –
Ausbau von studentischem Wohnraum und energetisches
Sanierungsprogramm koppeln - 26**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6951

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU
und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

5 Planungen der Landesregierung zum Bildungsgipfel 27

Vorlage 14/2152

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) nimmt Stellung.

**6 Die Besten für die Jüngsten – Qualität der Elementarbildung durch
weitere Professionalisierung der Fachkräfte verbessern 33**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7342

Im Hinblick auf die im federführenden Ausschuss für
Generationen, Familie und Integration geplante Anhörung
vereinbart der Ausschuss, seine Beratungen bis nach der
Vorlage des Anhörungsprotokolls auszusetzen und sich im
Übrigen nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

In Verbindung mit:

Haushaltsentwurf 2009 – Erläuterungsband zum Einzelplan 06

Vorlagen 14/2017, 14/2031 und 14/2151

Stellv. Vorsitzender Dr. Stefan Berger verweist auf die Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen durch die Landesregierung mit Vorlage 14/2151.

Auf Vorschlag der SPD vereinbart der **Ausschuss** vorab, Fragen zum Haushalt, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in dieser Sitzung nicht mehr mündlich behandelt werden könnten, wiederum schriftlich an das Ministerium zu richten.

Zu der unter Punkt 1 in Vorlage 14/2203 (*erschienen am 3. November 2008*) wiedergegebenen Frage von **Heike Gebhard (SPD)**, mit der sich die Abgeordnete auf die Ausführungen in Vorlage 14/2151 bezieht, sagt **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT)** eine schriftliche Darstellung zu, die ebenfalls Vorlage 14/2203 entnommen werden kann.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) führt aus, in der heutigen Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses sei auch der Einzelplan 06 behandelt worden. Wenn er es richtig gehört habe, habe Herr Groth dort nach den Mitteln für Instandsetzungsmaßnahmen an den Hochschulen gefragt. Herr Prof. Freimuth habe auf die Frage geantwortet. Er bitte Herrn Prof. Freimuth, seine Stellungnahme hier im Ausschuss zu wiederholen. Das könne auch für den Wissenschaftsausschuss interessant sein.

Mit Einverständnis des Ausschusses kommt **Prof. Dr. Axel Freimuth (Universität zu Köln)** der Bitte von Herrn Dr. Brinkmeier nach und legt dar, er habe in der Anhörung seine Zufriedenheit mit der Entwicklung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck gebracht. Er habe in der Anhörung aber auch herausgestellt: Es gebe nach wie vor zwei Bereiche, in denen die Gesamtsituation der Hochschulen nicht zufriedenstellend sei.

Erstens: Die Betreuungsrelation. Das sei aber kein rein nordrhein-westfälisches Problem, sondern betreffe ganz Deutschland. Das sei auch zunehmend eine Schwierigkeit bei der Gewinnung von Wissenschaftlern, von Lehrenden aus dem Ausland.

Zweitens: Die Bausanierung. Nordrhein-Westfalen habe einen gewaltigen Bausanierungsstau. Er sei kein Experte, höre aber, es handele sich um einen Betrag in Höhe von 8 Milliarden €. Bei der Uni Köln handele es sich um 300 Millionen €. In Bochum

handele es sich seines Wissens um 1 Milliarde €. Das sei einer der Hauptgründe für die massive Studentenunzufriedenheit, wie umfangreiche Befragungen der Studenten zeigten. Es bestehe dringender Handlungsbedarf.

Er habe sich deswegen sehr gefreut, als er vor einiger Zeit habe lesen können, dass 6 Milliarden € in Aussicht gestellt seien. Das sei eine außerordentlich wichtige Maßnahme. Andernfalls müssten die Hochschulen irgendwann geschlossen werden. Die Uni Köln habe zum letzten Wintersemester wegen herabfallender Deckenleuchten acht Hörsäle schließen müssen. So etwas lasse sich relativ schnell beheben, weil das nicht so viel koste. Aber in der Summe fehlten 8 Milliarden €.

Der Handlungsbedarf bei der Betreuungsrelation sei aber nicht geringer. Eine Betreuungsrelation in einigen Fakultäten von 1:180 – wie bei der BWL in Köln – sei völlig unüblich. Auch die mittlere deutsche Betreuungsrelation von 1:60 sei nach außen nicht transparent zu machen. Bei einer solchen Betreuungsrelation lasse sich zum Beispiel keine Betreuung von Studenten in kleinen Gruppen anbieten. Das gehe einfach nicht. Auch das sei natürlich ein Grund für die Unzufriedenheit der Studenten.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) räumt ein, die Betreuungsrelation sei ein Thema. Auch deshalb seien Studienbeiträge eingeführt worden. Die Uni Köln habe als mutigste unter den Universitäten und Fachhochschulen den Schritt unternommen, mit dem Geld jetzt auch zusätzliche Professoren einzustellen. Da bestehe bei den Hochschulen noch viel Handlungsspielraum. Auch die Universität Bonn, die Fachhochschule Bielefeld und andere hätten inzwischen das Vertrauen gefunden, dass dieses Studienbeitragsgesetz rechtsfest sei und ihnen dauerhaft zusätzliche Mittel bereitstelle, die nicht kapazitätswirksam seien. Die Hochschulen hätten aus den Studienbeiträgen nachhaltig Geld, um neue Professoren einzustellen. Das müsse jetzt auch genutzt werden. Das sei auch Ergebnis des Gutachtens der beiden Gutachter Studentenwerk und Stifterverband gewesen, die deutlich gemacht hätten, dass nach dem ersten Schub der verbesserten Ausstattung der Bibliotheken usw. jetzt die qualitative Personalverstärkung kommen sollte. Davon verspreche er sich in den nächsten Jahren eine deutliche Steigerung der Qualität.

Der Einschätzung zu den Liegenschaften stimme er absolut zu. Innerhalb der Landesregierung liefen sehr gute Gespräche. Er hoffe sehr, dass – wie bereits angekündigt – bis zum Jahresende eine langfristig angelegte Lösung gefunden werde, damit die nordrhein-westfälischen Hochschulen mit ihren Liegenschaften durch ein entsprechendes Modernisierungsprogramm endlich auf ein vernünftiges Fundament gestellt würden.

Eine Überauslastung könne er so nicht bestätigen, auch mit Blick auf Köln nicht. Köln habe zum Wintersemester 2007/2008 eine durchschnittliche Auslastung von 94 % gehabt. Er habe gerade von Köln noch Zahlen in Erinnerung, die von der 100%-Marke weit entfernt seien. Solche Zeiten wünsche er sich nicht zurück, im Gegenteil. Dass es fächerbezogen Schwankungen gebe und bei einer Durchschnittsgröße einige Bereiche erheblich geringer ausgelastet seien und andere dafür etwas stärker, liege in der Natur der Sache.

Die Einführung der Orts-NCs bei der Umstellung auf Bachelor und Master habe auch zu dem Rückgang der Studienanfängerzahlen im Jahr 2006 geführt, der aus dem politischen Raum sehr kritisch begleitet worden sei. Die Universitäten hätten mit der Umstellung auf Bachelor und Master zu Recht Orts-NCs aufgelegt, um zu den neuen Studiengängen angemessene Betreuungsrelationen zu finden. Das habe man jetzt erst lockern können durch den Hochschulpakt, indem in den nächsten Jahren noch einmal 450 Millionen € zusätzlich von Bund und Land bereitgestellt würden, um wieder Kapazitäten zu erweitern, damit qualitätsbezogen mit den notwendigen Betreuungsmöglichkeiten zusätzliche Studienplätze eingerichtet werden könnten. Das sollte auch anerkannt werden. Die Universitäten seien im Moment nicht in der Weise überlastet, wie sie es einmal gewesen seien. Klares Ziel sei – Stichwort Bildungsgipfel –, auch mit Blick auf weiter steigende Studienanfängerzahlen nicht erneut zu untertuneln, was man viel zu lange getan habe, sondern zusätzliches Geld zu geben, damit eine hinreichende Qualität gesichert werden könne.

Wieder Bezug nehmend auf Vorlage 14/2151 äußert **Heike Gebhard (SPD)**, bei den EU-Wettbewerben habe es in anderen Ministerien zum Teil erhebliche Probleme gegeben – Stichworte Jurybesetzung, Mitnahmeeffekte, Großunternehmen als Gewinner –, und fragt, ob solche Probleme bei Wettbewerben unter Verantwortung des MIWFT ausgeschlossen seien. – **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT)** antwortet, das MIWFT habe zurzeit kein Problem, über das er dem Ausschuss berichten müsste. Dass bei solchen Programmen immer auch Probleme auftreten könnten, könne er nicht ausschließen. Aber er habe keine, über die er hier oder anderenorts zu berichten hätte. (vgl. Vorlage 14/2203)

Karl Schultheis (SPD) kann die Aussage des Ministers, dass die Hochschulen keine Überlast hätten, vor dem Hintergrund dessen, was Prof. Freimuth vorgetragen habe, nicht nachvollziehen. Das habe diese Landesregierung nicht alleine zu verantworten. Viele Vorgängerregierungen in Nordrhein-Westfalen hätten Überlast gefahren. Gleiches gelte seit Jahren auch für andere Landesregierungen in Deutschland.

Allerdings sei der Anspruch auch immer gewesen, die Hochschulen geöffnet zu halten, um entsprechende Kapazitäten für Studierende bereitzuhalten. Die SPD meine sehr wohl, dass diese Schere, die immer weiter auseinander gegangen sei, geschlossen werden müsse. Aber es sei sicherlich unzureichend, das allein auf dem Rücken der Studierenden und ihrer Eltern auszutragen. Die Leistung der privaten Seite führe ja dazu, dass zum Beispiel an der Universität zu Köln zusätzliches Personal, das nicht kapazitätsrelevant sei, eingestellt werden solle. Die Einstellung von 20 Professoren führe zu einer Verbesserung der Betreuungsrelation von 1:98 auf 1:93. Das sei noch immer ein schwieriger Schlüssel.

Die SPD vertrete die Ansicht – unabhängig davon, dass die SPD Studiengebühren grundsätzlich ablehne –, dass das Land Nordrhein-Westfalen eigene Mittel einsetzen müsse, um die Situation an den Hochschulen zu verbessern.

Er sage das so deutlich, weil Herr Prof. Metzner und Herr Prof. Freimuth anwesend seien: Die SPD trete nicht an, die Studiengebühren abzuschaffen ohne einen ent-

sprechenden Ausgleich. Die SPD werde die Studiengebühren nur abschaffen, wenn die entsprechenden Summen, die jetzt durch Studiengebühren aufkämen, aus dem Landeshaushalt bereitgestellt würden.

(Zuruf von der SPD: Wie denn? – Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart [MIWFT]: Dann sind sie kapazitätswirksam!)

– Er erinnere an die „interessante“ Debatte zur Finanzkrise. Ihm falle viel dazu ein, wie die Finanzsituation an den Hochschulen verbessert werden könne. Er sei trotz der Finanzkrise viel optimistischer, hier einen guten Schritt nach vorne gehen zu können, wenn man das gemeinschaftlich wolle.

Bausanierung: Nordrhein-Westfalen habe, um neue Instrumente zu schaffen, den BLB aufgebaut, teilweise unter kritischer Begleitung auch der Hochschulen. Nach seinem Eindruck sehe aber mittlerweile die Mehrzahl der Hochschulen, dass dies ein sinnvolles Instrument sei, das auch dabei helfe, die Sanierung voranzubringen. So sehe er auch das angekündigte 6-Milliarden-Programm.

Der Ausschuss habe jetzt Herrn Prof. Freimuth als Berichterstatter aus dem Haushalts- und Finanzausschuss zugehört. Die Landesregierung habe aber bisher verweigert, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb in diesem Ausschuss zum Sanierungsprogramm berichte und befragt werden könne. Er fordere die Landesregierung daher nochmals auf, diesen Punkt im Rahmen der Haushaltsberatungen zu heilen. Die SPD wolle, dass gerade die Experten dem Ausschuss Rede und Antwort stehen könnten, wenn es darum gehe, Haushaltsmittel bereitzustellen. Dazu brauche der Minister in dieser Sitzung nicht Stellung zu nehmen. Das sollte die Landesregierung aber in die Tat umsetzen.

Die Fragen, um deren Beantwortung die SPD noch bitte, wolle er nur kurz andeuten, um Zeit zu sparen:

Die SPD habe nach wie vor Fragen zum Stipendienprogramm als Aliud zum Studienkolleg. Aus Sicht der SPD sei nicht schlüssig, dass all das, was Studienkollegs bisher gekostet hätten, nun im Haushalt für diese Aufgabe verankert sei.

Die SPD wolle wissen, wie die Landesregierung den Mehrbedarf der Studentenwerke abdecken wolle, beispielsweise durch eine Erhöhung der Kopfpauschale.

Die SPD bitte auch um Beantwortung der Frage, wie die Versorgungslasten, die die einzelnen Hochschulen zu tragen hätten, abgedeckt seien.

Hinzu kämen noch zwei oder drei weitere kleine Fragen. Die SPD werde diese Fragen schriftlich an das Ministerium richten.

Stellv. Vorsitzender Dr. Stefan Berger stellt klar, es sei eine Bitte des Finanzministeriums gewesen und nicht des Wissenschaftsministers, den BLB nicht im Ausschuss berichten zu lassen.

(Karl Schultheis [SPD]: Dann kann der Minister uns ja unterstützen! Tatsache ist, dass der BLB nicht hierhergekommen ist! Das ist verhindert worden!)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) meint, wenn man sich die Entwicklung der Zahlen seit 2005 ansehe, lasse sich sehr deutlich erkennen, dass diese Landesregierung einen Schwerpunkt bei der Forschung setze und die Lehre sehr, sehr schwach ausstatte. Das passe auch zu dem, was Herr Prof. Freimuth zur Betreuungsrelation gesagt habe. Ihre Frage laute, ob ihr Eindruck zutreffe oder wie es sich sonst erkläre, dass die Ausgaben für Forschung, insbesondere Spitzenforschung, seit 2005 um fast 25 % gestiegen seien und die Ausgaben für die Hochschulen nur um 6,5 %, was faktisch weniger sei als der Inflationsausgleich.

Sie habe ebenfalls eine Frage zum Stipendienprogramm, da sie die bisherigen Ausführungen dazu nicht nachvollziehen könne, was die Zahlen angehe. Die für 2009 vorgesehenen 540.000 € seien definitiv zu wenig, selbst wenn man annehme, dass die Stipendien nur für einen Teil des Jahres, also nur für 2,5 Monate, gezahlt werden sollten. Das Ziel der Landesregierung, nämlich eine Gesamtförderquote von 10 %, könne damit niemals erreicht werden, auch nicht mit den vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen. Dazu bitte sie um ein Rechenbeispiel.

Zu den Fachhochschulgründungen: Das könne aus Sicht der Grünen rechnerisch nicht aufgehen. Im Haushalts- und Finanzausschuss seien gerade die Ersteinrichtungskosten für 2.500 Studienplätze für eine Neugründung auf 22,5 Millionen € summiert worden und die Kosten für den Ausbau einer bestehenden Hochschule auf 17,5 Millionen €. Allein für die Ersteinrichtung der geplanten 10.000 Plätze – ohne dass auch nur ein Student ein Semester studiert hätte – bräuchte man 84 Millionen €. Im Haushalt seien allerdings nur 75,5 Millionen € vorgesehen. Das beziehe sich alles auch nur auf die Ersteinrichtung. Die Frage, wann die ersten Studierenden ihr Studium aufnehmen sollten und woher dann das Geld kommen solle, um die laufenden Kosten dieser Studienplätze zu bezahlen, sei damit nicht beantwortet. Nach den Berechnungen von Prof. Ostendorf wären das immerhin 142 Millionen € pro Jahr. Hierfür gebe es überhaupt keine Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan.

Diese Rechnung ihrer Fraktion hätten die Fachhochschulen bestätigt. Die Fachhochschulen fragten auch ganz grundsätzlich, warum man überhaupt neue Hochschulen bauen wolle und nicht zunächst den Ausbau von bestehenden Hochschulen fördere, wie das auch die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen sehr deutlich gefordert habe.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) weist zum Fachhochschulausbau auf das Phänomen hin, dass Nordrhein-Westfalen bundesweit eine weit überdurchschnittliche Quote von Hochschulzugangsberechtigten habe. Darüber könne man sich einerseits freuen. 53 % betrage die Quote in NRW. 43 % mache die Quote im Bundesgebiet aus. Andererseits sei die Übergangsquote mit 69 % verbesserungsbedürftig. Das sei ein bekanntes Phänomen für Nordrhein-Westfalen. Das habe in den letzten Jahren ebenfalls so ausgesehen.

Die Relation zwischen jenen, die eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung hätten, und jenen, die eine Fachhochschulzugangsberechtigung hätten, liege in NRW bei 60:40. 60 % hätten eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung und

40 % eine Fachhochschulzugangsberechtigung. Bundesweit liege die Relation bei 70:30.

Vor dem strukturellen Hintergrund wäre es schon früher eine wesentliche Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen gewesen, mehr Fachhochschulstudienplätze zu schaffen. Stattdessen habe Nordrhein-Westfalen seinerzeit die Gesamthochschulen noch in Universitäten umgewandelt und auch einen Zugangsweg für Fachhochschulzugangsberechtigte verschlossen statt mindestens parallel die vorhandenen Fachhochschulkapazitäten nachhaltig zu stärken und Neugründungen vorzunehmen. Nordrhein-Westfalen nutze sein Bildungspotenzial also bei Weitem nicht aus.

Deswegen wolle die Landesregierung im Bereich Fachhochschulen massiv etwas unternehmen, und zwar sowohl bei den bestehenden als auch mit Blick auf die Erweiterung des Fachhochschulangebots. Deshalb habe man – er sei den Fachhochschulen dankbar dafür, dass das möglich gewesen sei – im Hochschulpakt Teil I gesagt, dass anders als es ihrer sonstigen Relation entspreche von den neuen Studienanfängerplätzen nicht nur jeder vierte an einer Fachhochschule neu geschaffen werde. Man habe es vielmehr annähernd erreicht, dass die Hälfte der neuen Kapazitäten an Fachhochschulen bereitgestellt werde und die andere Hälfte an den Universitäten.

Das Gleiche habe man beim Hochschulpakt Teil II erneut vor. Von den im nächsten Jahrzehnt auf der Basis der von der Landesregierung vorgenommenen Prognose geplanten weiteren 160.000 Studienanfängerplätzen beabsichtige die Landesregierung, neben dem Fachhochschulausbau, bei dem 25.000 Studienanfänger einen Studienplatz finden könnten, die verbleibenden 135.000 Studienanfänger ebenfalls hälftig über die vorhandenen Fachhochschulen zu organisieren und die andere Hälfte über die Universitäten. Dafür würden Milliardenbeträge benötigt. Dafür trete man beim Bildungsgipfel in der nächsten Woche ein, dass der Bund seinen Beitrag leiste.

Herr Schultheis habe die Finanzkrise angesprochen. Wenn die Länder in die Finanzmitverantwortung genommen würden in einer Frage, die ausschließlich den Bund in seiner Kompetenz berühre, nämlich die Stabilität des Finanzplatzes Deutschland zu garantieren, könnten umgekehrt die Länder erwarten, dass der Bund in die Verantwortung gehe. NRW stehe zu seiner Verantwortung, wolle aber nicht doppelt bezahlen. Das gelte es zur Stunde noch zu klären. Der Bund habe im Teil I Verantwortung übernommen. Das wünsche er, Pinkwart, sich auch für die Fortsetzung. Dabei werde es insbesondere darum gehen, die vorhandenen Fachhochschulkapazitäten im nächsten Jahrzehnt deutlich auszubauen.

Hinzu komme die Erweiterung der Fachhochschulen, und zwar durch Neubau wie durch nachhaltige Erweiterung vorhandener Fachhochschulen durch neue Abteilungsgründungen. Er glaube, durch schrittweisen Aufwuchs nach 2020 in eine Relation zu kommen, dass nicht nur ein Viertel der Studenten an Fachhochschulen studiere, sondern 40 %. Damit könne erreicht werden, mehr begabten jungen Menschen eine Studienoption anbieten zu können.

Zur Finanzierung: Man habe die Zahlen aufgenommen, die für 2009 ausreichten, um die Gründungsakte und Planungen finanzieren zu können, und darüber hinaus eine

VE über 75 Millionen € vorgenommen. Er wolle, dass die drei neuen Fachhochschulen plus die fünf Abteilungen im MINT-Bereich – deswegen seien die auch sehr teuer – vernünftig ausgestattet werden könnten. Eine abschließende Kostenschätzung könne erst dann gemacht werden, wenn im Wettbewerb abschließend entschieden sei, auf welche Standorte man sich verständige, was die Standorte mitbrächten, welche Liegenschaften sie hätten und welche baulichen und sonstigen Maßnahmen anstünden. Die Landesregierung werde die VEs bei Bedarf anpassen. Er habe von vornherein gesagt: Wenn neue Fachhochschulen hinzukämen, gehe das nicht zulasten der vorhandenen. Das Land brauche beide. Beide müssten in den nächsten Jahren so gestaltet und ausgebaut werden, dass sie den Anforderungen genügen könnten.

Stellv. Vorsitzender Dr. Stefan Berger hält zum weiteren Verfahren fest, die Schlussberatung werde am 6. November 2008 durchgeführt. Anträge der Fraktionen zur Schlussberatung sollten dem Ausschusssekretariat bis zum 4. November, 13 Uhr, vorliegen.

